

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/149

Bonn, den 8. August 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Hoffnung und Sorge 61

Zum zweiten Jahrestag des 13. August 1963
Von Heinrich Albertz, Bürgermeister von Berlin

1a Schlechte Begleitmusik aus München 22

Das Manöver der CSU

2 - 3 Falsche Statistiken über den Wohnraumbedarf 81

Poststellungen des Ministeriums "reiner Mumpitz"
KdZ Georg Waku-Ackermann schreibt an Bundesminister Paul Lücke

4 - 5 VIII. Kongreß 71

der Internationalen Union Sozialistischer Jugend

Weltweite Freundschaft junger Sozialdemokraten
Von Horst Seefeld, Mitglied des USY-Präsidiums

6 Vereinte Nationen haben geholfen 50

Der Kongo auf der Wege zur Genesung

Chefredakteur Günter Markscheffel

Hoffnung und Sorge

Zum zweiten Jahrestag des 13. August 1961
Von Heinrich Albertz, Bürgermeister von Berlin

Wer in diesen Tagen mit dem Blick auf die zweite Wiederkehr des Jahrestages des 13. August 1961 politische Umchau hält, kann dies mit Hoffnung, muß es jedoch auch mit Sorge tun.

Die Hoffnung, die mitten durch die deutsche Hauptstadt gezogene Mauer möge überall in der Welt als das erkannt werden, was sie in der Tat ist, nämlich das steingewordene Symbol der Furcht der Kommunisten vor der Anziehungskraft der Idee der Freiheit, hat sich weitgehend erfüllt.

Eine solche Feststellung dürfte gewiß kein Trost für jene Zehntausende sein, für die nun seit Jahren schon der Weg zu den Angehörigen oder zu den Freunden versperrt ist. Sie ist es insbesondere für jene 17 Millionen Deutsche nicht, die jenseits der Mauer zu leben gezwungen sind und ein Leben in Freiheit für sich und für ihre Kinder erhoffen.

Und dennoch bleibt diese Feststellung eine Hoffnung auch für die Zukunft; denn es mehren sich im kommunistischen Herrschaftsbereich die Zeichen für die Erkenntnis, daß die Geschichte nicht nach dem Wunschenken weltfremder Theoretiker abläuft.

Der 13. August 1963 ist deshalb kein Tag der Resignation. In den vergangenen zwei Jahren haben zur Selbstbehauptung entschlossene Menschen im Herzen Europas bewiesen, daß sich die Idee der Freiheit nicht einmauern läßt. Es wird sich auch in Zukunft erweisen, daß die Freiheit den Längeren Atem hat.

Es wäre jedoch geradezu verhängnisvoll, wenn die in Freiheit lebenden Deutschen sich damit begnügen würden, lediglich die Hoffnung zu vertiefen, daß das Rad der Geschichte an der Elbe nicht stehenbleibt. Ihnen war, ihnen ist und ihnen bleibt vielmehr aufgetragen, ihren Beitrag zur Lösung der Probleme unserer Zeit zu leisten, und zwar in Interesse des Ganzen, des unteilbaren Deutschland. Die Mauer ist nicht eine Angelegenheit der Berliner allein.

Die Bewährungsprobe, in die wir alle miteinander am 13. August 1961 gestellt wurden, dauert noch an. Niemand kann sagen, wann sie beendet sein wird. Miteinander sind wir aufgerufen, sie jeden Tag aufs Neue zu bestehen.

Laß das Verhalten der Deutschen dort, wo sie in Freiheit leben könnten, wirklich so, daß sie mit gutem Gewissen eines Tages ihren Kindern sagen können, sie seien dabei gewesen und hätten ihr Bestes gegeben?

Wer diese Frage in diesen Tagen stellt, muß mit tiefer Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes erfüllt sein; denn nicht immer kann festgestellt werden, daß jede sich uns bietende Chance genutzt wird, um in einer sich offensichtlich schnell wandelnden Welt die Positionen zu beziehen, die möglicherweise Ausgangspunkte dafür sein können, das deutsche Schicksal zu wenden.

8. August 1963

Der 13. August 1963 sollte deshalb nicht nur ein Tag des Gedenkens, sondern auch ein Tag der Besinnung sein - ein Tag der Besinnung darauf, daß wir das uns auferlegte Schicksal nur gemeinsam tragen und meistern können. Wer auch künftig lediglich in den Kategorien eines kleinkarierten Parteidogmas zu denken gewillt ist, wird den politischen Erfordernissen der Gegenwart nicht gerecht und setzt die Zukunft aufs Spiel.

Die schmerzliche Erkenntnis, daß es eine Lösung des deutschen Problems und damit der Berlinfrage von heute auf morgen nicht geben wird, darf uns nicht daran hindern, Ansätzen der weltpolitischen Entwicklung nachzuspüren, die uns auf dem Weg zum Ziel d o n n o c h v o r a n b r i n g e n könnten. Dieser Weg ist nicht mit Dynamit gepflastert. Bomben sind kein Argument der Politik.

Wir werden uns deshalb weiter in der Tugend der Geduld üben müssen. Niemand komme dabei in die Versuchung, Geduld mit Schlafmüdigkeit zu verwechseln.

Die durch die deutsche Hauptstadt gezogene Mauer des Elatos und der Tränen ist ein Hohn auf die Geschichte und ein Ausdruck kaum noch zu überbietender Menschenverachtung. Sie ist und bleibt ein Widerspruch in sich selbst. Und deshalb wird sie eines Tages geschliffen werden müssen.

Die Berliner legen diesen Tag entgegen. Die in Freiheit lebenden Deutschen wären gut beraten, wenn sie sich am Beispiel der Berliner orientieren würden.

* * *

Schlechte Begleitmusik aus München

Das Kanöver der CSU

sp - Die Rundfunksprache des CSU-Bundestagsabgeordneten und CSU-Vorstandsmitgliedes Dr. Z i m m e r m a n n ist die schlechteste Begleitmusik zum Besuch des amerikanischen Außenministers Dean Rusk in der Bundesrepublik, die wir uns vorstellen können. Entweder sollte Herr Zimmermann die Amerikaner provozieren, oder seine Ansprache sollte für die seiner Partei angehörenden Bundesminister das MEIN zum Moskauer Atomteststopp Abkommen für die am Donnerstag stattfindende Kabinettsitzung festlegen und eine erneute Koalitionskrise noch v o r dem Kanzlerwechsel auslösen.

Die Sendung, in der Herr Zimmermann sprach, heißt zwar "Politik aus erster Hand". Es ist aber anzunehmen, daß Herr Zimmermann nur die "zweite Hand" war, während die erste zunächst noch im Hintergrund blieb, weil sie Franz-Josef Strauß heißt.

Wenn Herr Zimmermann der Regierung in Bonn empfiehlt, sie solle eine "deutsche Politik" machen, so entsteht von selbst die Frage, was denn die Bonner Regierung bisher gemacht hat? Aber möglicherweise meinte Herr Zimmermann gar nicht die deutsche, sondern die b a y e r i s c h e Politik, unterließ es jedoch, dies im Augenblick so deutlich zu sagen. - Wie dem auch sei, die Perspektiven, die von der CSU durch die Rundfunksprache des Herrn Zimmermann für die deutsche Politik eröffnet wurden, lassen befürchten, daß noch weitere Piefschläge dieser Art zu erwarten sind.

+ + +

8. August 1963

Falsche Statistiken über den Wohnraumbedarf

Feststellungen des Ministeriums "reiner Mumpitz"

MdB Georg Kahn-Ackermann schreibt an Bundesminister Paul Lücke

Sehr geehrter Herr Bundesminister !

Ich bedanke mich für die von Ihnen mir am 20. Juli 1963 übermittelten Unterlagen über das Wohnbeihilfegesetz und das erste Gesetz zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften, sowie über Ihren Aufsatz "Der Weg in die Freiheit".

"Neue Kategorien von Unterstützungsempfängern"

Gestatten Sie, Herr Minister, daß ich die optimistischen und freudigen Äusserungen, mit denen Sie die neuen administrativen Maßnahmen preisen, in keiner Weise zu teilen vermag. Ich halte es für einen beklagenswerten Fehlschritt, daß wir uns im Jahre 1963 anschicken, neue Kategorien von Unterstützungsempfängern zu schaffen, eine Maßnahme, die zwangsläufig vom Blühen und Gedeihen einer neuen Bürokratie begleitet sein muß und die das menschliche Selbstbewußtsein vieler Bürger erniedrigt und sie in dem Wissen leben läßt, Kostgänger des Staates zu sein.

Beispiele für falsche Statistiken

Aber das ist nicht der Grund, warum ich mich an Sie wende. Zumindest in Regierungsbezirk Oberbayern - über andere Regionen der Bundesrepublik kann ich mir kein Urteil gestatten - sind die statistischen Berechnungen, die Ihr Ministerium zur Feststellung des Wohnungsfehlbedarfs angestellt hat, reiner Mumpitz. Und aus diesem Grunde ist die Einteilung in schwarze und weiße Kreise mit allen Folgerungen, jedenfalls in diesem Regierungsbezirk, ein Unding. Mit aller wissenschaftlichen Akribie vermag Ihr Ministerium die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß der von ihm ermittelte Wohnraumfehlbedarf sich in keiner Weise mit den gegebenen Verhältnissen deckt. Und das ist doch wohl die Entscheidende. Ich darf nur zwei Beispiele herausgreifen:

Landkreis Wolfra^tshausen (nach wie vor schwarzer Kreis): Statistisch ermittelter Wohnraumfehlbedarf 499 Wohnungen, tatsächlich amtlich registrierte Zahl der Wohnungsuchenden 2 500, von denen zumindest 1 500 als dringliche Fälle angesehen werden müssen. Auch im Landkreis Wolfra^tshausen figurieren in der Statistik Ihres Ministeriums weit über 100 Elendwohnungen aus dem Jahre 1956 als Vollwohnungen. Im bayerischen Oberland hat sich Ihr Haus auch offenbar nicht die Mühe gemacht, in Rechnung zu stellen, daß wir es in den Landkreisen Weilheim, Starnberg, Bad Tölz, Kriesbach und Wolfra^tshausen mit zahlreichen Zweit- und Drittwohnungen zu tun haben, die für die Wohnungsversorgung ausscheiden.

Ferner habe ich den Eindruck, daß Ihr Ministerium in einigen Landkreisen den beträchtlichen Zuzug von Sowjetzonenflüchtlingen übersehen hat, der ja in der normalen Fortschreibung der Bevölkerungsstatistik nicht figuriert. Die für diesen Personenkreis errichteten Wohnungen sind aber bei den statistischen Erhebungen in Anrechnung gebracht wor-

den. Offenbar hat man auch übersehen, daß viele dieser als Einzelpersonen zugezogenen Sowjetzonenflüchtlinge in der Regel in Kürze ihre gesamte Familie nachzuziehen pflegten und damit viel weitgehenderen Wohnraum beanspruchen und beanspruchen müssen, als das aus den Ermittlungsunterlagen für den Wohnraumbedarf ersichtlich ist.

Weiter figurieren in der Statistik Ihres Hauses Wohnlichkeiten als Vollwohnungen, von deren Existenz Sie sicherlich nicht träumen würden. Im Landkreis Wolfratshausen gibt es noch eine ganze Reihe von Wohnungen, die aus einer 16 qm großen Wohn-Schlaf-Küche bestehen und dessen ungeachtet in der Regel von sieben bis zwölf Personen bewohnt werden.

"Statistischer Fehlbedarf" 37 Wohnungen

1100 Wohnungsuchende

Nehmen wir ein zweites Beispiel: Landkreis Bad Tölz - weißer Kreis. Von Ihrem Hause ermittelter statistischer Fehlbedarf 37 Wohnungen. Diesen 37 Wohnungen stehen zur Zeit im Landkreis einschließlich der Stadt Bad Tölz 65 rechtagültige Räumungsurteile gegenüber. Die Zahl der amtlich registrierter Wohnungsuchender beträgt 1100. Davon sind 50 Prozent als dringende und ernste Fälle anzusehen. Allein in der Stadt Bad Tölz gibt es annähernd 220 Elendwohnungen, Wohnungen, die über keine oder unzulängliche sanitäre Einrichtungen verfügen, in denen teilweise 25 Personen auf ein WC kommen oder in denen gar mangels WC die Notdurft in Kübeln verrichtet wird.

Dazu haben sich offensichtlich Ihre Herren keine Gedanken gemacht, was es für einen Landkreis bedeutet, eine große Garnison von US-Truppen zu haben, die den Wohnungsmarkt natürlich auf ganz besondere Weise belastet, weil die von den amerikanischen Offizieren und Soldaten angebotenen Mieten in der Regel ein Vielfaches von dem betragen, was deutsche Mieter zahlen können. Im Landkreis Bad Tölz stehen gegenwärtig allein an die 300 amerikanische Mietparteien eine Wohnung, so daß praktisch frei finanziert Wohnraum für die einheimische Bevölkerung nicht zur Verfügung steht.

"Geradezu unsinnig"

Ich hoffe, daß Ihnen, Herr Minister, allein diese zwei Beispiele genügen, die ich durch Angaben über die Verhältnisse in anderen Landkreisen jederzeit ergänzen kann, um darzutun, daß der von Ihrem Hause errechnete Wohnungsfehlbedarf und die daraus abgeleiteten Konsequenzen geradezu unsinnig sind, weil sie sich in keiner Weise mit der Wirklichkeit decken. Wenn Sie, Herr Minister, nicht von sich aus eine Überprüfung der Verhältnisse veranlassen und eine Korrektur der statistischen Unterlagen herbeiführen, die die Grundlage bei der Durchführung der neuen Gesetze bilden, werde ich keine Fraktion ersuchen, nach Schluß der Parlamentsferien wegen dieser unglaublichen Zustände geeignete Schritte im Bundestag zu ergreifen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

G. Kahn-Ackermann

VII. Kongreß der Internationalen Union Sozialistischer Jugend

(IUSY)

Von Horst Seefeld, Mitglied des IUSY-Präsidiums

Vom 18. bis 24. August treffen sich in der norwegischen Hauptstadt Oslo junge Sozialdemokraten aus mehr als 70 Ländern und aus allen Erdteilen zum VII. Kongreß der Internationalen Union sozialistischer Jugend (IUSY). Auf diesem Kongreß wird das Präsidium Rechenschaft über die Arbeit der seit dem letzten Kongreß, der vor drei Jahren in Wien stattfand, ablegen und die Grundzüge der Arbeit für die nächsten drei Jahre festlegen.

Die rührige norwegische IUSY-Mitgliedorganisation "Arbeidernes Ungdoms Fylking" hat für ihre ausländischen Gäste das Universitätszentrum in Blindern bei Oslo als Kongreßstätte hergerichtet. In einer feierlichen Eröffnungssitzung wird dort am 18. August der norwegische Ministerpräsident Einar Gerhardsen prominentester Redner sein; IUSY-Präsident Kyi Nyunt aus Burma und Albert Carthy als Vertreter der Sozialistischen Internationale sind die weiteren Sprecher.

Aus dem von dem scheidenden Generalsekretär Per Aasen vorgelegten Geschäftsbericht ist ersichtlich, daß die Umwandlung aus einer vor 17 Jahren gegründeten europäischen in eine weltweite Organisation geglückt ist. Die Zusammensetzung des Präsidiums gab dafür bisher schon den besten Beweis, denn Afrika, Asien, Südamerika und Europa waren in diesem 12-köpfigen Gremium vertreten. Zahlreiche neue Mitglieder sind seit Wien aufgenommen worden, andere Jugendverbände haben ihre Aufnahme beantragt und arbeiten zunächst "co-operating members" mit.

Bei zahlreichen Tagungen und Kongressen hat die IUSY zu den verschiedensten weltpolitischen Fragen Stellung genommen und ihre Mitglieder zu Aktionen aufgerufen. Als besonderer Ausdruck der Verbundenheit mit der Bevölkerung von Berlin und Mitteldeutschland darf die Tatsache gewertet werden, daß eine Präsidiumssitzung am Anfang des Jahres 1962 nach Berlin verlegt wurde, um Einblick in das Leben der zweigeteilten Stadt zu gewinnen. Der Niederschlag der in Berlin gesammelten Eindrücke kommt in folgender Resolution zum Ausdruck:

- * "Mit tiefer Betroffenheit haben die Vertreter der freien
- * sozialistischen Jugendorganisationen die Schandmauer in
- * Berlin gesehen; sie fordern ihre Mitgliedervverbände auf,
- * ihre jeweiligen Regierungen zu bitten, sich immer für die
- * Aufrechterhaltung der Freiheit Westberlins und für das
- * Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung einzusetzen."

Auch in zahlreichen anderen Fällen nahm die IUSY eindeutig gegen die kommunistische Politik Stellung. So ist es nicht verwunderlich, wenn die "Komsomolskaja Prawda", das Zentralorgan des sowjetischen Staatsjugendverbandes, in ihrer Nummer 9/1963 die IUSY als "Werkzeug der Kalten Krieges" beschimpft und behauptet,

- * "in ihrer Feindschaft gegen den Kommunismus waren die
- * Leiter der IUSY stets bestrebt, ihre imperialistischen
- * Bosse sogar zu übertreffen".

Der Geschäftsbericht zeigt u.a. auch die Vielzahl der Seminare und Schulungsveranstaltungen in den letzten Jahren auf. Dabei gelang es vor allem, in Asien mehr als bisher Fuß zu fassen. Höhepunkt aller Zusammenkünfte aber war das IUSY-Camp 1962 in Kopenhagen. Hier hatten sich 1000 junge Menschen, darunter 1000 aus Deutschland, zehn Tage lang im Geiste der Freundschaft und Völkerverständigung getroffen. Das nächste Camp ist für das Jahr 1965 in Israel geplant.

Ein weiterer prominenter Redner wird der österreichische Außenminister Dr. Bruno Kreisky sein, der auf dem Kongreß das Thema "Sozialdemokratische Politik für Europa" behandeln wird. Die politischen Diskussionen werden im Mittelpunkt der Kongreßtage stehen. In vier Arbeitgemeinschaften wird zu bestimmten Fragen Stellung genommen. Einen Tag lang will man über eine neue Grundsatzerklärung der IUSY diskutieren. Zahlreiche Anträge und Resolutionen aus vielen Teilen der Welt liegen den Delegierten bereits vor. Abschluß des VII. Kongresses bilden dann die Wahlen, bei denen der bisherige Präsident Kyi Nyunt erneut kandidiert, während die Funktionen des Vizepräsidenten und des Generalsekretärs aus Altersgründen (die Grenze liegt bei 35 Jahren) neu zu besetzen sind.

Die deutsche Delegation setzt sich aus zwei Vertretern des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), sechs Mitgliedern der Sozialistischen Jugend Deutschlands, "Die Falken", und zwölf Jungsozialisten zusammen. Diese drei Organisationen sind die deutschen IUSY-Mitglieder. Sie werden zusammen mit ihren Freunden aus den anderen Ländern arbeitsreiche Tage vor sich haben.

Vereinte Nationen haben geholfen

sp - Als der Kongo von Fieberanfällen und Krämpfen geschüttelt wurde, flossen Ströme von Tinte und Druckerschwärze. Ist dagegen seine allmähliche Genesung soviel weniger wichtig, daß sie kaum der Erwähnung würdig befunden wird? Doch in Wirklichkeit stellten nicht die Wirren und Zerfallserscheinungen eine Überraschung dar, sondern deren schrittweise Überwindung. Die Tatsache, daß dieser Gesundungsprozeß nur durch die Präsenz und die Mithilfe nicht eines einzelnen Staates, sondern der Staatengemeinschaft in Gestalt der Vereinten Nationen möglich wurde, ist von großer geschichtlicher Bedeutung; eine Tatsache, an die man sich drei Jahre nach Ausbruch der Krankheit schon noch erinnern darf. Dadurch wurde der Beweis erbracht, daß die Weltorganisation trotz aller Beschränkung ihrer Mittel in Konflikten Lösungen finden kann, die in der Geschichte völlig neuartig sind. Es wäre zweifellos nützlich, wenn diese eindrückliche und ermutigende Lehre im Hinblick auf andere Notanwendungen allgemein zur Kenntnis genommen würde.

Rückzug der Truppen - Fortsetzung der Hilfe

Kürzlich hat UNC-Generalsekretär U Thant mitgeteilt, er werde dem Sicherheitsrat vorschlagen, bis Jahresende sämtliche UN-Truppen aus dem Kongo abzuziehen. Auf der anderen Seite setzen die Vereinten Nationen über ihren zivilen Beistand mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln fort. Keinem einzelnen Land allein konnte bisher eine derart umfangreiche Hilfe geboten werden, die sich buchstäblich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens erstreckt. Gegenwärtig sind im Kongo nicht weniger als 1149 Spezialisten aus 47 Ländern tätig. Seit September 1960 wendeten die Vereinten Nationen allein für diese Beraterdienste 37 Millionen Dollar auf; bis Jahresende werden weitere 19 Millionen dazukommen.

In 72 verschiedenen Zentren des riesigen Landes sorgen 200 Ärzte und Fachleute der Weltgesundheitsorganisation für die Aufrechterhaltung der Gesundheitsdienste, während gleichzeitig die Ausbildung kongolischer Ärzte mit allen Mitteln gefördert wird. Gab es im Zeitpunkt der Unabhängigkeit noch keinen einzigen kongolischen Arzt, wird ihre Zahl bis 1970 immerhin 200 betragen - bei einer Bevölkerung von 14 Millionen!

Ausbildung - Schlüssel der Zukunft

Aus 27 Ländern sind 554 Mittelschullehrer in den Kongo verpflichtet worden, was eine Erhöhung des Schülerbestandes von 28 000 vor der Unabhängigkeit auf 73 000 in diesem Jahr ermöglichte. Ein nationales Lehrerseminar, eine Bergbauschule, eine Schule für Tief- und Hochbau, wurden gegründet und die Pläne für ein Technikum fertiggestellt. Die öffentlichen Dienste, die Verkehrsmittel, die Post, Telefon und Telegraf funktionieren wieder so normal, wie das in einem neugeborenen Lande vom Ausmaß des Kongo überhaupt möglich ist.

Erst kürzlich ist die Zusammenarbeit zwischen der UNO und der Zentralregierung in eine neue Phase getreten. Der Präsident der Republik übertrug ausländischen Spezialisten Schlüsselpositionen innerhalb der Verwaltung: die Leitung des Devisenamtes, der Finanzinspektion und der wirtschaftlichen Angelegenheiten. Zudem wurde ein gemischter Ausschuss gebildet, der über die Finanzierung der dringlichsten Entwicklungsprojekte entscheidet. Dieses Vertrauen ist der beste Lohn für die unermüdeten Anstrengungen der letzten drei Jahre und gleichzeitig ein Hinweis auf die noch ungenügend genutzten Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit, wie sie nur die Vereinten Nationen zu bieten vermögen.